

Neu-köllnisch **DIE LINKE. PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Einwurf: Neukölln – wie weiter?

Was genau bedeutet die oft so laut gestellte Forderung: »Ein weiter so kann es nicht geben«? Hier ist eine gründliche Analyse erforderlich, nicht nur der bisherigen Politik sondern auch der Absichten, die damit verfolgt werden. Für Neukölln heiße das ganz konkret - keine weiteren Quartiersmanagements, kein Ausbau der Sprachschulen, keine Stadtteilmütter, kein erweiterter Zugang zu den Kitas, unterschiedliche Bildungschancen, keine Nutzung des Potenzials aus der Vielfalt des Bezirks, keine Visionen für den Bezirk. Also in letzter Konsequenz den Bezirk aufgeben und als sozialer Brennpunkt Berlins hinnehmen. Das wollen wir aber nicht!

Die letzten fünf Jahre haben gezeigt,



dass die CDU keine Visionen mehr hat. Von ihr kamen in der letzten Legislaturperiode keine konstruktiven Vorschläge zur Verbesserung der Situation im Bezirk.

Die Zählgemeinschaft legte den Grundstein für einen Politikwechsel in Neukölln. Darauf müssen wir in den nächsten Jahren aufbauen. Es wurde viel auf den Weg gebracht, aber es gibt noch viel zu tun. Wir bedanken uns bei den Wählern, dass wir Angefangenes beenden und Neues initiieren können.

Sylvia Stelz
Fraktionsvorsitzende

Berlin zu sexy für Karlsruhe



Tänzerinnen beim Karneval der Kulturen
Foto: Archiv

Erst, wenn die letzte Wohnung verkauft, das letzte landeseigene Unternehmen privatisiert, das letzte Mark aus Berlins Knochen herausgewrungen ist, erst dann könnt ihr überhaupt wieder daran denken, an den Toren der Bundesregierung um Geld zu betteln.

So oder so ähnlich klang das Urteil der Karlsruher Richter beim Bundesverfassungsgericht, als sie die Klage Berlins auf Bundeshilfen zum Schuldenabbau abwiesen.

Und dabei hatte Berlin sich so schön angestrengt, wenn schon nicht die Schulden, so wenigstens seinen aktuellen Haushalt in den Griff zu bekommen, Einnahmen und Ausgaben anzugleichen. Also nicht mehr auszugeben, als eingenommen wurde. Ist ja rechnerisch sinnvoll. Das kann jede Hausfrau und jeder Hausmann bestätigen. Aber das heiße auch, an einigen Stellen zu sparen. Und da hat es manches Mal schon laut gequietscht, wenn mal wieder in einem Bereich der Geldhahn zugekehrt wurde.

Aber immerhin, endlich gab es Politiker, die begriffen hatten, dass man Schuldenberge eben nicht der nächsten Generation überlässt. Schulden, die die Vorgänger-

Regierungen sorglos aufgetürmt hatten. Das unverantwortliche Handeln vorheriger Politiker-Generationen in Berlin müssen wir Berlinerinnen und Berliner jetzt alle mit ausbaden.

Aber die Herren in den Roben aus Karlsruhe waren von den Sparanstrengungen wenig beeindruckt. Im Gegenteil, Berlin gehe es noch viel zu gut, hieß es. Und man machte Vorschläge, wie die Schulden abgebaut werden könnten: Wohnungsverkäufe, Privatisierung der BVG, Kürzungen bei Kultur, ... Vorschläge, die jedoch alles andere als akzeptabel sind, für eine Politik, die eben nicht nur den Abbau von Schulden zur Aufgabe hat. Für eine Politik, die auch die Aufgabe hat, eine Stadt zu regieren, im Interesse der Bevölkerung. Eine Politik, die handlungsfähig bleiben will.

Wir krauchen wohl noch nicht genug auf dem Zahnfleisch. Solange Berlin trotz Armut noch sexy ist, wird es keine Solidarität zwischen der Bundesregierung und den anderen Bundesländern geben. Diese wurde mit dem Urteil praktisch aufgekündigt.

Und nun? Jetzt stehen wir da, und müssen uns wie Münchhausen selbst am Schopf packen und aus dem Sumpf ziehen. Und das wird schwer, vielleicht sogar unmöglich.

Aber was wir jetzt auf keinen Fall tun dürfen, ist, Karlsruhe Recht zu geben. Das Urteil kann man akzeptieren. Aber die Begründung und die Sparvorschläge aus Karlsruhe muss man nicht akzeptieren. Denn täte man das, würden wir tatsächlich alle Vermögenswerte dieser Stadt, alles »Tafelsilber« veräußern, würden wir bei den Spezialitäten Berlins – wie den Unis, der Kultur und anderem – kürzen, dann würde man die Stadt kaputt sparen. Dann würde man Berlin über kurz oder lang auf sämtlichen relevanten Ebenen handlungsunfähig machen. Dann könnte eine erneute Klage in Karlsruhe Erfolg haben. Aber dann hätten wir auch eine Stadt, die ausgeblutet wäre, die tatsächlich ganz am Boden läge und auch längst nicht mehr sexy wäre.

Julia Wiedemann
Bezirksvorstand

Modern denken und mutig handeln

50 Punkte für ein Neukölln mit Zukunft

Nach der Wahl am 17. September 2006, war klar: Es gibt wieder eine Chance zur Bildung der Zählgemeinschaft. Da wir viel erreicht haben und dieser Zusammenschluss durch konstruktives Handeln und fairen Umgang miteinander geprägt war, nahmen wir schnell Gespräche mit SPD und Grünen, zur Fortsetzung der Zusammenarbeit auf.

In dieser Zählgemeinschaftsvereinbarung sollte es nicht nur darum gehen, den Bezirksbürgermeister zu wählen. Wir wollten darin zum Ausdruck bringen, dass Neukölln ein interessanter Bezirk ist und es sich lohnt, auch für diesen Bezirk, den viele schon abgeschrieben haben, Zukunftsvisionen zu entwickeln. Insgesamt 50 Punkte für ein Neukölln mit Zukunft kamen dabei heraus.

Stadtpolitik für Neukölln (6 Punkte)

■ Aufwertung des Nordens Neuköllns durch umfangreiche städteplanerische Neukonzeption. Ziel ist es gerade hierdurch ein klares Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Bezirkes zu geben und die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Neuköllner Innenstadt wesentlich zu erhöhen.

■ Neukölln unterstützt weiterhin die schnellstmögliche Schließung des Flughafens Tempelhof...

Verkehrspolitik (6 Punkte)

■ Der Bezirk unterstützt die Weiter-

führung der U 7 bis zum Flughafen Schönefeld.

■ Der Ausbau des Teltow-Kanals wird abgelehnt. Die Grünstreifen beiderseits sind zu erhalten.

Wirtschaftspolitik (7 Punkte)

■ Der Bezirk lehnt die weitere Ansiedlung großflächigen Einzelhandels grundsätzlich ab. Entsprechende Anträge werden kritisch und restriktiv behandelt.

■ Wenn in Berlin der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) eingeführt wird, schafft der Bezirk zügig die Voraussetzungen für die Umsetzung in Neukölln.

Jugend, Bildung, Sport und Kultur (12 Punkte)

■ Der Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen wird weiter vorangetrieben. Dazu gehört auch der Erhalt und die Stärkung der Schulstationen...

■ Der Bezirk unterstützt Schulen bei der Bewerbung für das Pilotprojekt der weiterführenden Schulen (1-10. Klasse, eventuell bis 12. Klasse).

Migrations- und Integrationspolitik (7 Punkte)

■ Die Neuköllner Verwaltung formuliert und implementiert ein interkulturelles Leitbild...

■ Die Beschlüsse des Migrationsbei-

Demokratie – Licht und Schattenseiten

Wir, die Linke.PDS, sind wieder in Fraktionsstärke in die BVV-Neukölln eingezogen, was auch mit der guten Zusammenarbeit mit Teilen der WASG zusammenhängt.

Die letzte Abgeordnetenhauswahl in Berlin, hat, gemessen an der Wahl 2001, keinen Wahlsieger hervorgebracht. Gesiegt haben eher die Nichtwähler, die die Parteien abgestraft haben.

Auch wir haben es nicht geschafft unser Wählerpotenzial besonders in den östlichen Bezirken, zu mobilisieren. Auf Grund der sehr niedrigen Wahlbeteiligung ist es einer rechten Partei wie der NPD, gelungen, in einige Bezirksverordnetenversammlungen einzuziehen, leider auch in Neukölln.

Allein mit Vorurteilen, Rassismus, Ausgrenzung und der Ablehnung von allem, was nicht deutsch ist, ändert sich die wirtschaftliche Situation und die Lebensqualität nicht! Es ist schon eigenartig mit diesen Menschen in einer BVV zu sitzen, die andere allein wegen ihres fremd klingenden Namens ablehnen. Das gehört eben auch zu einer Demokratie, wobei die NPD sehr weit davon entfernt ist,

demokratisch zu sein.

Um so etwas in Zukunft zu verhindern und sie in die Bedeutungslosigkeit zu verbannen, wo sie hingehört, müssen die Wähler sich stärker informieren, aber auch die demokratischen Parteien ihre Politik besser und bürgernah vermitteln.

Zur besseren Integration schlage ich vor, alle Kinder ab zwei Jahre kostenlos in eine Kita aufzunehmen, egal welcher nationalen und sozialen Herkunft diese sind. Wir müssen uns alle mehr um die Kinder in unserem Bezirk kümmern, d.h. keine weitere Kürzung bei Bildung, Soziales und Kultur. Nur so können wir Zuständen wie in der Rütli-Schule entgegenwirken. Die Zukunft unseres Bezirks liegt gerade in der Entwicklung und Förderung unserer Kinder. Geben wir uns und ihnen eine Chance.

Gülaysan Karaaslan
Bezirksverordnete

P.S.: Einen Seitenhieb zum Bankenskandal muss ich noch loswerden. Wie kann es sein, dass ein zugelassener und praktizierender Arzt Herr Neuling (Aubis-Manager) Verhandlungsunfähigkeit bescheinigt, obwohl dieser kurze Zeit später in der Lage ist den Berlin-Marathon zu laufen? Wir haben also

rates werden durch die Zählgemeinschaft (ZG) als Antrag in die BVV eingebracht.

Verwaltung und Bürgerbeteiligung (5 Punkte)

■ Nach Auswertung des Bürgerhaushaltsprojektes in Lichtenberg sollen Modelle zur Beteiligung der Bürger an den Haushaltsentscheidungen geprüft werden.

■ Der Bezirk erleichtert von Bürgern getragene Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung

Soziales und Gesundheit (6 Punkte)

■ Die ZG wird alle Initiativen unterstützen, die auf den Erhalt der Hörberatungsstelle in Neukölln gerichtet sind.

■ Die ZG wird ihre Einflussmöglichkeiten auf das Jobcenter so nutzen, dass der Kundenservice durch verkürzte Wartezeiten und verbesserte Verfahrensabläufe optimiert werden.

Bezirkshaushalt

■ Die ZG fühlt sich verpflichtet einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Desweiteren wurden Regularien des Miteinanders für die Legislaturperiode festgelegt.

Sylvia Stelz

Fraktionsvorsitzende

**) Auszug, die gesamte Vereinbarung ist im Fraktionsbüro (Rathaus, Raum A 307), in der Bezirksgeschäftsstelle (Richardplatz 16) und unter www.linkspartei-neukoelln.de einzusehen.*

Neues Bezirksamt von Neukölln

Bezirksbürgermeister
Heinz Buschkowsky (SPD)
Finanzen und Wirtschaft

Stadtrat für

- Gesundheit und Bürgerdienste, sowie stellv. Bürgermeisterin Stefanie Vogelsang (CDU)
- Bildung/Schule/Kultur/Sport Wolfgang Schimmang (SPD)
- Soziales, Wohnen und Umwelt Michael Büge (CDU)
- Baustadtrat Thomas Blesing (SPD)
- Jugendstadtrat Gabriele Vonnekold (Grüne)

nicht nur eine Zwei-Klassen-Medizin sondern auch Ärzte, die sich instrumentalisieren lassen. Hat Herr Neuling ihn bestochen, oder mixte ihm ein Druide einen Zaubertrank, der Wunder bewirkte?

Koalitionsverhandlungen: Gemeinschaftsschule und kostenlose Kitas kommen

Berlin will bis 2011 die Gemeinschaftsschule auf den Weg bringen und allen Kindern den kostenlosen Besuch einer Kita ermöglichen. Das vereinbarten SPD und Linkspartei.PDS in ihren Koalitionsverhandlungen. Rot-Rot

setzt damit trotz knapper Kassen und ausbleibender Bundeshilfe einen Schwerpunkt im Bereich Bildung.

Das letzte Kita-Jahr ist schon von 2007 an gebührenfrei. Das erste und zweite kos-

tenlose Jahr sollen 2010 und 2011 folgen. Besonders Kinder sozial benachteiligter Eltern sollen damit bessere Startchancen erhalten. Einer sozialen Spaltung soll schon im Vorschulalter entgegenzuwirken werden.

Der Einstieg in das gemeinsame Lernen aller Schüler bis zur 10. oder 12. Klasse, eine Kernforderung der Linkspartei.PDS im Wahlkampf, erfolgt in einem Modellprojekt auf freiwilliger Basis. Insgesamt 22 Millionen Euro will die Koalition dafür in den kommenden fünf Jahren bereitstellen. Ob damit 25 oder 40 Gemeinschaftsschulen entstehen, hängt dann von den Konzepten der Modellschulen ab.

SPD und Linkspartei.PDS vereinbarten weiter, den Sprachunterricht für schlecht Deutsch sprechende Kinder auszubauen. Um dem Unterrichtsausfall an Berlins Schulen entgegenzuwirken, sollen diese mehr Mittel zur Vertretung dauerkranker Lehrer erhalten. Um flexibel auf kurzfristige Erkrankungen reagieren zu können, sollen die Personalmittel der Schulen um drei Prozent aufgestockt und diesen mehr Freiraum bei der Einstellung von Vertretungslehrern gegeben werden. Bis 2011 sind dazu 34 Millionen Euro eingeplant.

Christian Posselt
Bezirksvorstand



Der Bundespräsident in Neukölln

Ich habe die Neuköllner Rede des Bundespräsidenten im Fernsehen verfolgt. Ohne Horst Köhler zu nahe treten zu wollen, für mich war sie eine Aneinanderreihung von Allgemeinem und Selbstverständlichem. Es fehlte der große Wurf.

Dass Bildung zu den dringlichsten und vorrangigsten Aufgaben der Gesellschaft gehört, ist so eine Selbstverständlichkeit. Leider findet sie im politischen Alltag nicht die Beachtung und die notwendige Finanzsicherung seitens der Regierung. Der Bundespräsident repräsentiert ein Land, das in der Welt geachtet wird, sich aber gleichzeitig eine Million Unterrichtsausfallstunden, demonstrierende Schüler, GEW-Versammlungen mit Lehrern, Personalräten, Erziehern und Eltern, die ihre berechtigten Anliegen bekunden, da sie sich ausgegrenzt fühlen, leistet.

Hätte sich der Bundespräsident am Ort seiner Rede, der Kepler-Schule, einmal richtig umgeschaut, hätte er eigentlich erkennen müssen, was falsch läuft – obwohl man sich Mühe gab, es zu verstecken. Vor dem großen Auftritt wurde die Schule erst einmal generalüberholt. Und das außerplanmäßig! Der Berliner nennt so etwas Augenwischerei.

Der Bundespräsident verwies in seiner Rede auf Verdrossenheit und Perspektivlosigkeit der Schüler. Von 51 Schulabgängern der Kepler-Schule bekam zuletzt nur ein Einziger einen Ausbildungsplatz. Seit Jahren bemühen sich Lehrer, Erzieher und Quartiersmanagement darum, ihren Kiez vor weiterem Abgleiten zu bewahren – ohne Erfolg. Im Sozialstrukturatlas wird das Gebiet mit zwei Großsiedlungen an der Grenzallee und der Sonnenallee an drittletzter Stelle der 298 Berliner Verkehrszellen ausgewiesen. Forderungen Neuköllns nach einem ausreichenden Wertausgleich fanden bisher nicht die erforderliche Berücksichtigung.

Im gleichen Gebiet liegt die Firma Philipp Morris, die zum Erhalt der Arbeitsplätze (wie es Ex-Senator Branoner nannte) 45 Millionen DM Finanzhilfe erhielt. Die Produktion wurde um 50 Prozent erhöht, Neueinstellungen erfolgten nicht. Im gleichen Gebiet steht auch der Neubau des Arbeitsamtes. Der Vorschlag, das alte Arbeitsamt als Ausbildungsstätte für künftige Facharbeiter zu nutzen, wurde nicht erhört. Das ist die konkrete Lage in Neukölln, die mit Schönreden nicht vom Tisch ist.

Werner Gutsche

Rütli in ruhigerem Fahrwasser

Neuköllner Problemschule mit neuem Schulleiter

Gut ein halbes Jahr nach dem Hilferuf des Lehrerkollegiums, der die Rütli-Schule bundesweit in die Medien gebracht hatte, scheinen der Schule jetzt ruhigere Zeiten bevorzuzustehen. Zu Beginn des neuen Schuljahrs löste Aleksander Dzembritzki den in der Krise eingesprungenen Helmut Hochschild, als Schulleiter, ab. Er tritt kein leichtes Erbe an. Hochschild hat in einem halben Jahr viel erreicht: ein Tanz- und Theaterprojekt mit den ›Young Americans‹ inklusive Auftritt in der Arena, eine geplante Schülerfirma, die Rütli-T-Shirts vertreiben soll, eine Rütli-Band, moderne Strukturen im Kunst- und Musikunterricht und eine intensivere Einbeziehung der Eltern haben die Lage offenbar entspannt. Der neue Schulleiter Dzembritzki sieht die Schule als „Kiez-Schule im Aufbruch“, kündigte weitere Projekte und eine bessere Zusammenarbeit mit der benachbarten Heinrich-Heine-Realschule an. Ob darauf der Einstieg in das Modellprojekt Gemeinschaftsschule folgen soll, ist noch offen.

Christian Posselt

Bunte Demo gegen braunen Mist



Junge Linke unter den Demonstranten vor dem Rathaus Neukölln Foto: Burkhard Lange

Am 26. Oktober hatte das Antifaschistische Bündnis Neukölln zur Demo gegen Nazis aufgerufen. Rund 250 Menschen, bunt gekleidet und aus allen Altersgruppen, hatten sich mit Transparenten und Trillerpfeifen am Hermannplatz zusammen gefunden. Auch eine Samba-Truppe war dabei, die mit Trommelwirbeln für gute Laune sorgte. Mit Musik ging es frei nach dem Motto:



IMPRESSUM

»Neu-köllnisch« erscheint 10x im Jahr.

Herausgeber: Linke.PDS Berlin,

Auflage dieser Ausgabe: 1.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Geschäftsstelle Neukölln, Richardplatz 16,
12055 Berlin, Tel./Fax: 6 13 59 19

Redaktionsschluss: 29. November 2006

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!

»Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt« durch den Neuköllner Norden vor das Rathaus, wo sich die am 17. September gewählte Bezirksverordnetenversammlung zu ihrer ersten Sitzung zusammenfand. Anlass war der Einzug von zwei Mitgliedern der NPD in die Neuköllner BVV. Diese wurden vor dem Rathaus mit lauten »buh«-Rufen und Pfiffen empfangen. Die NPD hatte bei den Wahlen zur BVV in Neukölln 3,9 Prozent erreicht. Die Demonstration war eine erste gemeinsame Protestaktion des antifaschistischen Bündnisses Neukölln gegen Nazis und die NPD. Zu dem Bündnis zählen verschiedene Initiativen, Parteien und Verbände. Weitere Aktionen sind in Vorbereitung.

Julia Wiedemann

Neuköllner Termine für November

Hermannstraße

Britzer Garten

11. November, 16 Uhr

Martinsumzug

26. November, 9-14 Uhr

28. Lauf „Rund um den Britzer Garten“

Rathaus Neukölln

18. November, 11.11 Uhr

Sturm der Narren
aufs Rathaus

Alt-Rixdorf

8. bis 10. Dezember

Alt-Rixdorfer Weihnachtsmarkt
auf dem Richardplatz

Saalbau Neukölln

3. Dezember, 16 Uhr

Adventskonzert der
Musikschule Neukölln

9. und 10. Dezember, 16 Uhr

Kindermusical 2006

Galerie Olga benario

Termine angefragt

Termine der Linkspartei.PDS

Bezirksvorstand

10. und 24. November

und 8. Dezember, 17 Uhr

Richardplatz 16

Klausur

zum Parteineubildungsprozess

18. November, 10-16 Uhr

Richardplatz 16

Fraktionssitzung

27. November, 4. Dezember, 18 Uhr

Rathaus, Raum A 307

BW

6. Dezember, 17 Uhr

Rathaus, BVV-Saal

Mitgliederversammlung

15. und 24. November, 19 Uhr

Richardplatz 16

Basiskonferenz Berlin-West

zur Koalitionsvereinbarung

17. November, 18 Uhr

AGH Berlin

Junge Linke

22. November, 19 Uhr

Richardplatz 16

Landesparteitag

zur Koalitionsvereinbarung

19. November, 10-16 Uhr

Rathaus Schöneberg

Basiskonferenz Berlin-Brandenburg

zum Parteineubildungsprozess

25. November, 14 Uhr

Potsdam

Bundesparteitag

26. November, 10-16 Uhr

Hotel Maritim Berlin

Jahresabschlussfeier

Linke.PDS Neukölln

15. Dezember, ab 17 Uhr

Richardplatz 16

Geburtstage

**Wir gratulieren recht herzlich
im November**

Kazim Baba

Hermann Gundel

Thomas Hinrichsen

Benjamin-Christopher Krüger

Sebastian Meskes

Malte Schmidthals

Katina Schubert

Henri Thormann

Wilhelm Spanknebel

Julia Wiedemann

... und zu Beginn des Neuen Jahres

Cagdas Baba

Michael Frank

Sascha Freiberg

Gülaysan Karaaslan